

**Antrag der Fraktion der FDP****Wissen kann schützen! – Frühzeitig Katastrophenbewusstsein schaffen**

Durch die schreckliche Flutkatastrophe Mitte Juli 2021 sind mindestens 180 Menschen gestorben, viele hundert wurden verletzt und Tausende verloren ihr Zuhause. Im Anschluss wurden viele Diskussionen darüber geführt, wie solche Katastrophen zukünftig verhindert oder besser bekämpft werden können. Die Diskussionen dauern an und werden auch noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Auch in Bremen wird diese Diskussion geführt. Als eine der ersten Maßnahmen wurde mit Hilfe des Bundes die Wiedereinführung von Alarmierungssirenen beschlossen.

Diese Diskussionen und daran anschließendes Handeln sind nötig, denn mit dem Klimawandel werden voraussichtlich die Extremwetterlagen weiter zunehmen. Aber nicht nur Extremwetterlagen, die eine Flutkatastrophe wie die vom Sommer auslösen können, sind im Katastrophenschutz zu bedenken. Auch andere Katastrophenereignisse sind jederzeit möglich.

Um die Bevölkerung bestmöglich vor solchen Katastrophen zu schützen ist neben baulichen Vorsichtsmaßnahmen und Optimierung der personellen und materiellen Ausstattung von Katastrophenschutzbehörden wichtig das nötige Grundwissen über potenzielle Katastrophenszenarien und angemessenes Verhalten zu vermitteln. Es wird wenig erfolgsversprechend sein, wenn die Bevölkerung zwar besser gewarnt werden kann, wie beispielsweise durch Sirenen oder das Cell-Broadcasting, aber mit dem Inhalt der Warnung nicht umzugehen weiß.

Dieses Wissen muss daher schon in der Schule, vermittelt werden. Derzeit wird nach Auskunft des Senats das Thema „Katastrophe“ nicht systematisch unterrichtet. Vielmehr flösse das Thema in die unterschiedlichen Unterrichtsfächer mit ein, wenn ein Bezug zu realen Ereignissen vorläge. Dabei sollte jeder Schüler und jede Schülerin spätestens nach der neunten Klasse wissen, wie er sich zu verhalten hat, wenn in den Nachrichten beispielsweise vor „orkanartigen Böen“ gewarnt wird. Bei dieser Wissensvermittlung müssen zwingend Akteure wie die Feuerwehren im Land Bremen, das THW und gemeinnützige Hilfsorganisationen, die im Katastrophenschutz tätig werden, wie zum Beispiel Arbeiter Samariter Bund (ASB), das Rote Kreuz oder der DLRG und andere mit einbezogen werden. Derzeit ist dies selbst bei den regelmäßigen Feuerübungen in den Schulen nicht der Fall.

Nur, wenn schon früh entsprechendes Wissen über mögliche Katastrophenszenarien vermittelt wird, kann die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung in Katastrophenfällen ausreichend gestärkt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. Der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von sechs Monaten ab Beschlussfassung ein Konzept vorzulegen, wie mit Hilfe von verpflichtenden Projekttagen in Kooperation mit den Feuerwehren im Land Bremen, THW und

gemeinnützigen Hilfsorganisationen einmal im Elementarbereich und ein zweites Mal im Sekundarbereich das notwendige Wissen über Katastrophen und das richtige Verhalten in Katastrophenfällen altersgerecht vermittelt werden kann;

2. für alle Schülerinnen und Schüler in der neunten Klassenstufe die Möglichkeit anzubieten, an einem kostenfreien Erste-Hilfe-Grundlehrgang teilnehmen zu können;
3. an den beruflichen Schulen die Einheiten zum Arbeitsschutz so auszuweiten, dass das in Punkt 1 erworbene Wissen zum Verhalten in Katastrophenfällen angepasst und aktualisiert wird;
4. über die Lernplattform itslearning ein online-Lern-Modul zur Verfügung zu stellen, mit dessen Hilfe die Schülerinnen und Schüler ihr Wissen zum Verhalten in Katastrophenfällen selbständig erwerben und erweitern können, das beispielsweise in Phasen des autonomen Lernens oder in Vertretungsstunden bearbeitet werden kann.

Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion  
der FDP